

das Klimakabinett der Bundesregierung gerade duschen. Fast 19 Stunden, die ganze Nacht hindurch, hatten die Spitzen der Koalition um ihr »Klimapaket« gerungen. Was dabei herauskam, war alles andere als »der große Wurf«, den SPD-Finanzminister Olaf Scholz zuvor versprochen hatte. Selbst Wirtschaftsverbände kritisierten die Maßnahmen als zu zaghaft – gemeinsam mit Wissenschaftlern, Umweltverbänden und der Opposition. Wahrscheinlich hatten auch bei Fridays for Future nur wenige damit gerechnet, dass die Große Koalition ihre Forderungen voll und ganz erfüllen würde. Doch dass das Klimapaket nur so ein kleines Päckchen werden würde, war für viele bitter.

Seitdem ist es wahrscheinlicher geworden, dass Deutschland auch die von der Regierung selbst gesteckten Klimaziele für 2030 verfehlt. Trotzdem: Politisch führt an dem Thema seit dem 20. September 2019 kein Weg mehr vorbei. Das ist schon jetzt mehr, als viele andere Bewegungen erreicht haben.

Plötzlich politisch?

Wenn die Pausenglocke durch die gründerzeitlichen Flure der Sophie-Scholl-Oberschule hallt, fliegen die Türen zu den Klassenräumen auf. Die gewölbten Decken der Korridore werfen die Stimmen von gut 1000 Schülerinnen wider. Vom Siebtklässler bis zur Abiturientin im 13. Jahrgang ist alles vertreten. Die Treppenhäuser des Gründerzeitbaus in Berlin-Schöneberg schleusen die Massen zu den Unterrichtsräumen für die nächste Stunde. Schulalltag in der »Integrierten Sekundarschule« – freitags nicht weniger als an anderen Wochentagen.

Nur sehr wenige Schüler gehen hier regelmäßig zu den Fri-

days-for-Future-Protesten in den Berliner Invalidenpark. »Ich würde da gerne öfter hingehen«, sagt Adrian aus der achten Klasse über die Schülerproteste. »Aber oft passt das nicht. Letztes Mal hatten wir gerade eine Klassenarbeit.«

Und doch sind die Themen Umweltschutz und Klimawandel auf den Gängen der Schule allgegenwärtig. Während die dicken Mauern des Altbaus nur langsam die Wärme des mitteleuropäischen Sommers mit seinen Temperaturrekorden abstrahlen, brennt in Brasilien der Amazonas. Sie fände die Haltung des brasilianischen Präsidenten Bolsonaro furchtbar, sagt Samira aus der gleichen Klasse. »Der hat halt nicht verstanden, was da passiert.« Und Adrian fügt hinzu: »Was ich blödsinnig finde, ist, dass der sogar abgelehnt hat, dass sie Hilfe zum Löschen bekommen.«

Adrians Mutter kauft seit Fridays for Future keine Lebensmittel in Plastikverpackungen mehr, um umweltbewusster zu leben. Das hat Adrian durchgesetzt. Doch er weiß auch, dass es nicht reicht. »Das war es eigentlich schon«, räumt er ein. »Man selber kann als Person ja gar nicht viel machen«, erklärt Adrian und fordert: »Die Politik muss sich ändern.«

Es ist eine der Grundforderungen der Jugend, die auf die Straße geht. Sie weiß: Individueller Verzicht wird das Klima nicht retten. Deshalb verlangt sie mehr Regulierung durch die Politik. Ob Industrie und Verkehr, Konsum und Landwirtschaft, Gebäudesanierung und Flugreisen – die Klimawende muss fast alle Bereiche unseres Lebens erfassen, wollen wir die Klimakrise noch stoppen oder zumindest ihre Folgen abmildern.

Seit einigen Jahren wird die Jugend wieder politischer. Gab um die Jahrtausendwende gerade einmal jeder dritte Jugendliche an, sich für Politik zu interessieren, ist es heute mit 45 Prozent knapp jeder Zweite. Damit hat das politische Interesse zwar

noch nicht wieder die Höhe von 1991 erreicht – damals zu Zeiten der Wiedervereinigung interessierten sich 57 Prozent der jungen Leute für Politik –, dafür ist heute der Anteil der »sehr« Interessierten besonders hoch.⁴ Und damit nicht genug: In der jungen Generation der 12- bis 25-Jährigen ist Politik wieder hip geworden. 35 Prozent sagen, es sei »in«, sich auch aktiv einzumischen.⁵

So überraschend der politische Aktivismus der Jugend für die breite Öffentlichkeit kam, so langfristig hat er sich angekündigt. Schon die World Vision Kinderstudien in den Jahren 2007 und 2010 zeigten für Grundschul Kinder ein hohes Selbstbewusstsein und ein großes Interesse, an der Gestaltung ihres Alltags in Familie und Schule mitzuwirken. Auch fielen die Sorgen und Ängste der befragten Sechs- bis Elfjährigen vor Terror und Krieg, wachsender Armut, aber besonders auch vor zunehmender Umweltverschmutzung auf.⁶

Die junge Generation spürt, dass Deutschland vor wichtigen Zukunftsfragen steht, und sie will nicht länger untätig zuschauen. Klar, Klimaschutz oder eine ökologische Landwirtschaft waren auch den jungen Menschen der Generation Y, den heute 20 bis 35 Jahre alten »Millennials«, wichtig. Doch niemals wären sie dafür massenhaft auf die Straße gegangen. »Das bringt doch eh nichts«, hätte wohl manch ein Millennial zwischen Masterstudium, Praktikum und erstem Job mit Zeitvertrag ein wenig verschämt abgewunken. Sie waren unter dem Eindruck des Beinahe-Zusammenbruchs des Weltfinanzsystems 2007 und der dadurch ausgelösten Wirtschaftskrise sowie der historisch hohen Arbeitslosigkeit zu Beginn der 2000er-Jahre damit beschäftigt, ihre eigene Schullaufbahn zu optimieren, um in Ausbildung und Beruf zu kommen. So wurden sie zu »Egotaktikern«, die sich gezwungen sahen, ihre eigenen Bedürfnisse in den Vordergrund zu stellen. Viele hat-

ten nicht das Gefühl, grundsätzlich etwas verändern zu können. Stattdessen kämpften sie in den Jahren vor Fridays for Future still und leise, fast »heimlich«, an ihrer Schule oder in ihrem Betrieb dafür, persönlich so leben und arbeiten zu können, wie sie wollten. Privat kauften sie Bio-Produkte oder teilten eine Petition auf Facebook. In der Zeit ihres Erwachsenwerdens ist das Radfahren deutlich populärer geworden. Sie riefen zum stillen Boykott von umweltschädlich produzierter Kleidung auf. Doch vieles davon verbuchten sie eher als bewusste private Konsumententscheidung denn als politischen Akt.⁷

Die Generation der Post-Millennials, den nach der Jahrtausendwende Geborenen, ist da anders. Sie sieht sich vom Klimawandel existenziell bedroht und versucht, die politisch Verantwortlichen unter Handlungsdruck zu setzen. Individueller Verzicht ist ihr nicht genug. Sie erwartet Regulierung durch die Politik. Ihr gesellschaftliches Engagement ist alles andere als heimlich, es ist im Gegenteil explizit und klar.

Die Millennials waren Egotaktiker, sie sind Ökotaktiker. Die Millennials waren leise, sie sind laut. Ihre Forderungen hallen seit Monaten Freitag um Freitag von den Plätzen der Republik. Ihr Vertrauen in die Regierung ist dabei denkbar gering. Keine drei Prozent derer, die auf die FFF-Demos gehen, wollen sich darauf verlassen, dass die Regierung den Klimawandel von alleine ernsthaft angeht.⁸ Sie kritisieren die politisch Machthabenden scharf, aber sie glauben an die Demokratie. Die Zustimmung zur Demokratie ist in der jungen Generation auf ein Allzeithoch von 77 Prozent gestiegen.⁹ Sie wollen die radikale politische Wende innerhalb des existierenden politischen Systems.

Eine politische Bewegung von dieser Kraft hat es zuletzt in den 1960er- und 1970er-Jahren gegeben. Damals speiste sich das

Engagement aus einer Unzufriedenheit mit den politischen Prozessen.

Die Ökotaktiker von heute würdigen Deutschland als eine friedliche, wohlhabende und sozial gerechte Gesellschaft und bewerten die Entwicklung des Landes durch und durch positiv, wie die letzte Shell Jugendstudie zeigt.¹⁰ Deshalb glauben sie auch daran, die Politik mit Mitteln des Protests zu einer nachhaltigen Umweltpolitik bewegen zu können. Dafür schmieden sie Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Bewegungen.

Sorgen um Umwelt und Klima

Die Shell Jugendstudie macht deutlich, wie wichtig Umweltverschmutzung und Klimawandel in der Wahrnehmung der jungen Generation geworden sind. Unter den Themen, »die einem Angst bereiten«, haben sie sich immer weiter nach vorne geschoben. 2002 stuften 62 Prozent der Befragten Umweltverschmutzung als besonders Angst machend ein, 2019 waren es schon 71 Prozent. Der Klimawandel beunruhigt 65 Prozent, ebenfalls mit steigender Tendenz. Andere Themen sind dagegen in den Hintergrund getreten. Die Gefahr von Terroranschlägen macht noch 66 Prozent der jungen Leute Angst (2002: 71 Prozent). Auch die wirtschaftliche Lage und steigende Armut (noch 52 statt 66 Prozent) und ein Krieg in Europa (noch 46 statt 59 Prozent) verlieren an Bedeutung.¹¹

Umweltverschmutzung und Klimakrise trüben den Blick der jungen Generation in die Zukunft. Über zehn Jahre schaute sie von Jugendstudie zu Jugendstudie immer optimistischer auf ihr Leben. Nun ist der Trend gebrochen. 2019 glauben zwar immer